



Michael Kopatz

Ökoroutine

Damit wir tun, was wir für richtig halten



Bundeszentrale für
politische Bildung

INHALT

Vorwort von Harald Welzer 9

Geleitwort

Alles bereits gesagt 11

Kapitel 1

Einstieg: Die Lasagnestory 13

Kapitel 2

Warum nicht geschieht, was geschehen muss 20

Der reservierte Staat 21

Ungezügelter Kapitalismus 25

Wettbewerbsdruck 35

Wachstum 40

Macht & Lobbyismus 46

Kapitel 3

Warum wir nicht tun, was wir für richtig halten 54

Neigung zur Expansion 54

Der Vergleich 55

Unzufriedenheit, Gier & Selbstbeherrschung 56

Werbung & Kommerzialisierung 58

Routinen & Shifting Baselines 61

Wir treffen ungern Entscheidungen und verdrängen 62

Expertendilemma 65

Rolle der Medien 67

Die Mär vom verantwortungsvollen Konsumenten 69

Niemand will der Dumme sein 71

Kapitel 4

Essen 73

Respektloser Umgang mit Nutztieren	74
Landwirtschaft & globale Erwärmung	76
Subventionen	77
Fleischexport	79
Gefährliche Keime	82
Grundwasser	83
Mineralwasser	85
Vom Abweg zum Mehrweg	87
Ökoroutine: Bio für alle!	90

Kapitel 5

Wohnen 112

Der Wenigereffekt	113
Suffizient neu bauen	116
Frische Luft ins Haus	122
Fair zum Mieter	124
Ökoroutine: Nichtbau	129
Flächenmoratorium	131

Kapitel 6

Strom 142

Der Wenigereffekt	144
Ökoroutine: Verbrauchsziele statt Sparziele	146
Der Weg zum Ökostrom	152

Kapitel 7

Kaufen 157

Die Menschen hinter dem Müll	160
Murks: Vorzeitiger Produktzerfall	162
Ökoroutine gegen Überflusskonsum	167

Kapitel 8

Unterwegs 180

Sportlich: Das Rad	187
Belastend: Kraftwagen	194
Clever: Bahn & Bus	221

Menschheitstraum: Fliegen	235
Ökoroutine für enkeltaugliche Mobilität	237

Kapitel 9

Arbeiten 238

Mehr Arbeit, höherer Ressourcenverbrauch	239
Die Kurze Vollzeit als Leitbild der Ökoroutine	242
Widerstände und Mythen	250
Strategien und Maßnahmen für eine Arbeitswelt der Kurzen Vollzeit	259
Die »Ganze Arbeit«	267
Lebenskunst	272
Die Kurze Vollzeit befördert den ökologischen Wandel	279

Kapitel 10

Wirtschaftsförderung 4.0 281

Überblick	282
Die Grundlagen	283
Produktion	294
Hilfe und Kooperation	300
Teilen und Tauschen	308
Geld	315
Unternehmen	325
Zuständigkeiten, Aufgaben und Akteure	332
Warum soll der Staat sich einmischen?	334
Stolpersteine	335
WF4.0 statt TTIP	339

Kapitel 11

Ökoroutine als politisches Konzept 346

Ökoroutine statt Ökodiktatur	350
Bildung. Was man darüber wissen sollte	357
Ökonomie der Menschlichkeit	361
Geldströme lenken	367
Fairness	372
Wo bleibt die Freiheit?	376
Yes, we can? Traut Euch!	383

Anmerkungen 391

Index 411

Einstieg: Die Lasagnestory

Lebensmittelskandale gehören inzwischen zum Alltag. Der Wirbel um Pferdefleisch in der Lasagne war da schon fast verwunderlich. Der Betrug war Anfang 2013 durch Untersuchungen in Großbritannien und Irland aufgefliegen; wenig später hatte sich der Skandal um falsch deklarierte Fleischprodukte auf die ganze EU ausgeweitet. Die britische Lebensmittelbehörde stellte fest: In 11 von 18 getesteten Lasagnen der Firma Findus betrug der Pferdefleischanteil zwischen 60 und 100 Prozent.

Wie Recherchen ergaben, stammte das Fleisch aus rumänischen Schlachtbetrieben. Über Zwischenhändler gelangte es nach Zypern und in die Niederlande zu einem französischen Handelsbetrieb. Dieser verkaufte Hunderte Tonnen Pferd als Rind an einen französisch-luxemburgischen Lasagne-Hersteller, und von dort aus landeten Produkte mit illegal untergemischtem Pferdefleisch in mindestens 13 Ländern Europas.

Die Produkte waren in allen großen Supermärkten zu finden. Allein in Deutschland waren Rewe, Aldi-Nord, Aldi-Süd, Eismann, Edeka, Kaiser's, Lidl, Metro, Tengelmann und Konsum Leipzig betroffen. Und nicht nur in der Lasagne tauchte Pferdefleisch auf – auch in Gulasch, Ravioli und Tortellini konnte es nachgewiesen werden.¹ Die Bilanz: Mindestens 124 Betriebe in Deutschland sind mit Rindfleisch beliefert worden, das möglicherweise falsch deklariert war.

Wo liegt jetzt der Skandal? Zunächst einmal ist die Pferdefleisch-story ein Lehrstück für die mitunter blindwütige Empörungsbereitschaft der Medien. Bei nüchterner Betrachtung wird klar: Für die Gesundheit stellt Pferdefleisch keine Gefahr dar, es ist sogar ein guter Eisenlieferant und besonders mager. Verpönt ist es vor allem aus historisch-kulturellen Gründen – und diese haben offenbar ausgereicht, um sich täglich zu ereifern. Über den eigentlichen Skandal haben die erregten Gemüter

jedoch nicht diskutiert: dass selbst die Produktion einer einfachen Lasagne sich über zig Nationen erstreckt. Durch die Globalisierung sind die Produktionsmethoden gleichermaßen zentralisiert und diversifiziert worden. Verstrickte Produktions-, Verarbeitungs- und Lieferketten haben ein System organisierter Verantwortungslosigkeit geschaffen. Schon der Weg des Fleischanteiles in der Lasagne von der Schlachtung bis zur Weiterverarbeitung erstreckt sich über halb Europa; dasselbe gilt für die Herstellung von Futtermitteln für die Tierhaltung sowie für Züchtung, Haltung und Transport.

Wenn man sich vor Augen führt, dass selbst Brezeln als Teiglinge in chinesischen Fabriken hergestellt werden, um sie dann in München aufzubacken, liegt die Vermutung nahe, dass sich die Fertigung von Nudeln, Tomatensauce, Gewürzen und anderen Produkten zumeist über mehrere Kontinente ausdehnt. Die extreme Diversifizierung der Produktion ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Wir wissen es spätestens, seit Stefanie Böge ihre Joghurt-Geschichte veröffentlichte. Anfang der 1990er-Jahre hatte die Wissenschaftlerin ausgerechnet, welche Strecke ein Becher Joghurt zurückgelegt hat, bevor er beim Verbraucher landet: Es waren mehr als 9000 Kilometer.²

Und so durchzieht eine schlichte Aussage die verschiedenen Kapitel der Ökoroutine: Wir wissen es längst. Schon seit zwei Jahrzehnten wissen wir, dass die Unternehmen immense Transportketten aufbauen, um sich gegenüber der Konkurrenz behaupten zu können oder die Rendite des Anlegers zu maximieren. Seither haben sich die Verhältnisse eher noch verschlimmert: Spezialisierung und umständliche Lieferketten haben zu- und nicht abgenommen, Transportketten sind länger und nicht kürzer geworden – zum Nachteil von Umwelt und Allgemeinwohl.

Können Politiker da nur tatenlos zusehen? Bleiben nur Appelle an die Vernunft des Einzelnen, doch bitte regional erzeugte Waren zu erwerben? Für sich genommen, ist es ganz einfach: Eine Lasagne lässt sich leicht in der eigenen Küche zubereiten. Bis auf bestimmte Gewürze kann man alle Zutaten aus der Region beziehen, und das auch aus ökologischer Landwirtschaft. Auch Unternehmen und Restaurants könnten das Schichtnudelgericht zu fast 100 Prozent regional und ökologisch zubereiten.



Abbildung 1 Der Pferdefleischbetrug offenbart ein System organisierter Verantwortungslosigkeit. Verstrickte Produktions-, Verarbeitungs- und Lieferketten sind heute der Normalfall. Verantwortungsvolle Produktionsmethoden verlangen das Gegenteil: kurze Transportwege, regionale und nachhaltige Erzeugung, kurze Wertschöpfungsketten, faire Löhne.
Foto: exclusive-design, fotolia.com

Woran hakt es also? Warum scheint die Regiopasta eine ferne Utopie zu sein? Weil der Markt sich so entwickelt, wie es die Rahmenbedingungen vorgeben. Wir lassen es zu, dass Transporte über Tausende Kilometer extrem billig sind, weil wir die Maut nicht vorausschauend anheben oder Kerosin endlich besteuern. Wir bauen Straßen und Flughäfen aus, statt die Expansion zu begrenzen. Wir akzeptieren, dass Waren zu Dumpinglöhnen hergestellt werden. Wir nehmen hin, dass billig vor Qualität geht, dass Lebensmittel aus Biolandbau die Ausnahme sind und nicht die Regel. Wir akzeptieren, dass sich die Produktion unserer Nahrungsmittel in der Hand von Finanzjongleuren befindet, die keinen Gedanken an die Gesundheit der Kunden, die Klimawirkung ihrer Produktion und die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben verschwenden. Wenn sie es doch tun, dann nur, weil es zum Nachteil für ihre Rendite sein könnte.

Die »Europa-Lasagne« zeigt: Die systemischen Probleme unserer Wirtschaft und Gesellschaft manifestieren sich sogar in einem banalen Schichtnudelgericht aus der Truhe. Man muss nur den Schleier der Skandalrhetorik in den Medien lüften, schon werden rasch die prinzi-

piellen Zusammenhänge erkennbar. Die von politischer Seite verkündeten »Aktionspläne«, um etwa die Kontrollen zu verschärfen oder ein »Frühwarnsystem« zu etablieren, lenken allenfalls vom Grundproblem ab und sollen letztlich nur zeigen, dass man etwas getan hat. An den verheerenden Umständen der Lebensmittelglobalisierung ändert sich dadurch jedoch nichts.

Man könnte die Schultern zucken und darauf verweisen, dass die Konsumenten doch selbst schuld seien. Wer eine Tiefkühlasagne für 1,49 Euro in den Backofen schiebt, kann über eine unappetitliche Herstellung nicht ernsthaft erstaunt sein. Sollte nicht jedem klar sein, dass es nicht mit rechten Dingen zugehen kann, wenn Lebensmittel immer billiger werden, während zugleich die Preise allgemein steigen? Während diese Zeilen geschrieben werden, senkt ein Discounter übrigens vermutlich noch mal den Preis für seine Tiefkühlasagne auf 1,29 Euro.

Doch es wäre zu einfach, die Verantwortung allein beim mündigen Konsumenten zu verorten. Tatsächlich ist dieser Befund fatalistisch, irreführend und fahrlässig. Auch gut verdienende und gebildete Bürger greifen zum Billigprodukt. Sie verlassen sich, nicht zu Unrecht, auf den Staat, der mit seinen Lebensmittelkontrollen dafür sorgt, dass keine bedenklichen Waren verkauft werden. Zudem hat Stiftung Warentest den Kunden beigebracht, dass billige Produkte oftmals genauso gut oder besser sind als teure. Der Verbraucher weiß, dass viele Markenhersteller identische Waren gleichzeitig unter einem Billiglabel verkaufen. Andere verdrängen schlichtweg die Fakten, wissen vor lauter medial geäußerten Expertenmeinungen nicht mehr, was sie glauben sollen, oder denken: »Ist doch egal, auf mich kommt es nicht an.« Es gibt viele Gründe, warum wir nicht tun, was wir für richtig halten. Sie werden im ersten Kapitel beschrieben und machen anschaulich, dass die Zeit für das Konzept der Ökoroutine gekommen ist.

Preisdumping ist das Ergebnis eines radikalen Wettbewerbs, der zu niedrigen Standards führt. So niedrig, wie der Gesetzgeber es erlaubt. Der Konkurrenzdruck animiert zudem die Hersteller, selbst niedrigste Vorgaben zu unterwandern. Wenn schon Discounter sich gegenseitig aufrufen, mit dem Dumping Schluss zu machen, heißt das für uns ganz klar: Jetzt ist die Grenze des Erträglichen erreicht, wenn nicht längst

überschritten. Hinter vorgehaltener Hand plädieren etliche Unternehmer bereits heute für Vorgaben von oben: Nur so ließen sich Auswege aus der Abwärtsspirale finden (S. 38).

Und tatsächlich sind hohe Qualität, verantwortungsvolle Produktionsmethoden und faire Löhne möglich. Sie kommen nur nicht von allein in die Welt. Sie werden auch nicht von Konsumenten an der Ladentheke initiiert. Notwendig sind systemische Problemlösungen. Also Konzepte, die das Problem an der Wurzel packen. Sprich: Ökoutine als politisches Konzept (S. 346). Am Lasagne-Problem lässt sich das Grundverständnis der Ökoutine aufzeigen. Ein erster Ansatzpunkt liegt bei den Transportzeiten. Statt Straßen, Seehäfen und Startbahnen weiter auszubauen und damit zu längeren Produktionsketten einzuladen, sind die Ausgaben auf die reine Erhaltung und Sanierung von Straßen und Flughäfen zu beschränken. Wenn sich in der Folge die Verkehrsströme verlangsamen, ist das ein gewünschter Effekt (S. 212).

Ein weiterer Ansatzpunkt sind die Transportkosten. Dieselsteuer und Maut können erhöht werden, Kerosin besteuert (S. 367). Ein Straßenbaustopp verhindert die weitere Expansion des Lkw-Verkehrs. Das verlangsamt den Transport womöglich, erst recht in Verbindung mit einem Überholverbot für Lkws. Noch ein Hebel ergibt sich in Hinblick auf die Tiertransporte. Dafür gibt es bereits strenge Regeln, zum Beispiel müssen die Tiere nach spätestens 29 Stunden Fahrt abgeladen werden. Diese Qual ermöglicht Transporte bis in die Türkei. Eine Begrenzung auf zwölf Stunden wäre im Sinne des Tierschutzes angebracht und stärkt zugleich die regionale Wertschöpfung. Sodann gilt es, die Tierhaltung zu verändern: Anspruchsvolle Standards für artgerechte Haltung könnten schrittweise etabliert werden, bis nach 20 Jahren EU-weit der Biostandard erreicht ist. Genehmigungen von weiteren Großschlachthöfen und Megaställen sollten unterbleiben (S. 90).

Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Gestaltungsmöglichkeiten, um die Regeln für Warenhandel und Finanzmärkte zu beeinflussen. Das ist zwar kein leichtes Unterfangen, doch bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen wie TTIP zwischen den USA und der EU hat Deutschland beträchtlichen Einfluss, der genutzt werden könnte, um für einen ökofairen Rahmen zu sorgen. Dringend notwendig ist

zudem die Regulierung der Kapitalmärkte. Hier soll keine Revolution vorgeschlagen werden, sondern die Rückkehr zum Ordnungsrahmen der 1970er-Jahre, welcher die Auswüchse der Spekulanten zuungunsten sicherer Kapitalmärkte verhindert hat. Dabei ließe sich endlich die seit Langem geplante Robin-Hood-Steuer für den Aktienhandel einführen. Finanztransaktionen würden dann mit durchschnittlich 0,05 Prozent besteuert werden, die Mittel würden der Armutsbekämpfung und dem Klimaschutz zugutekommen (S. 361). All diese Maßnahmen schaffen Anreize für kurze Transportwege, regionale und nachhaltige Erzeugung, kurze Wertschöpfungsketten und faire Löhne. Das ist die Logik der Ökoroutine.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist nach wie vor geprägt vom Glauben an die Macht des Konsumenten. In der Umweltbewegung wird über das »richtige« Verhalten so viel geredet wie über das Wetter. Produzenten nehmen dieses Argument dankbar auf, verlagert es doch alle Verantwortung zum Konsumenten. Auch die Politik wiederholt permanent das Mantra vom umweltbewussten Verhalten und kann sich so vor unbequemen Entscheidungen drücken. Ökoroutine setzt hier einen Kontrapunkt. Im letzten Kapitel findet sich zum politischen Konzept der Ökoroutine eine ausführliche Erläuterung (siehe Kap. 11, »Ökoroutine als politisches Konzept«, S. 346). Es löst sich von umweltmoralischen Appellen und sorgt mithilfe von Standards und Limits dafür, dass sich der Wandel zur Nachhaltigkeit in weiten Teilen verselbstständigt. Unsere Technologien und Herstellungsverfahren werden so schrittweise naturverträglicher und effizienter und unsere Verhaltensweisen genügsamer. Ökoroutine basiert auf einer Koevolution von Technik und Kultur. Beispielsweise sorgen Standards dafür, dass Autos immer klimafreundlicher werden; Straßenbau- und Tempolimit beeinflussen unser Verhalten. Solche politischen Vorgaben lassen sich freilich nur ins Werk setzen, wenn die Wählerinnen und Wähler sie mittragen. Doch die zurückliegenden Erfahrungen zeigten, dass Ökoroutine uns in der alltäglichen Lebensführung entlastet.

Routinen prägen unseren Alltag. Ganz unbewusst profitieren wir dabei von Dutzenden Regeln und Standards, etwa auf dem Weg zur Arbeit: Der Wecker ist sicherheitstechnisch geprüft, die Kleidung darf

bestimmte Schadstoffe nicht beinhalten, ebenso der Kaffee. Dessen Packung ist standardisiert, wie auch die Kennzeichnungen über die Zutaten und Nährstoffe auf dem Toastbrot. Das Auto wurde nach ISO-Norm hergestellt. Die Produzenten haben dabei zahlreiche staatliche Vorgaben beachtet. Auf dem Arbeitsweg beachten wir zahlreiche Vorgaben der Straßenverkehrsordnung; das Auto hat ein amtliches Kennzeichen. Die Arbeit selbst ist reglementiert durch Tariflohn, gesetzliche Arbeitszeiten und Sicherheitsvorschriften. All das wird selten als Zwangssystem empfunden, es ist Routine. In der gleichen Form ermöglicht uns das Konzept der Ökoroutine, das zu tun, was wir für richtig halten, ohne im Alltag darüber nachzudenken.

Warum nicht geschieht, was geschehen muss

Die globale Erwärmung ist eines der drängendsten Krisenphänomene unserer Zeit. Um sie zu bremsen, müssen die Treibhausgas-Emissionen drastisch reduziert werden, vor allem der Ausstoß von Kohlendioxid. Darin sind sich Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einig. Zwar gibt es bereits zahlreiche Maßnahmen zum Klimaschutz – Deutschland investiert etwa in den Ausbau von Ökostrom aus Wind und Sonne und hat Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung aufgelegt –, doch gemessen an der Größe des Problems, sind die bisherigen Bemühungen unzureichend. Wir sind auf dem Weg zu einem achtsamen Umgang mit dem Planeten ins Stocken geraten.

Um die Erderwärmung – wie gerade in Paris beschlossen – auf höchstens zwei Grad zu begrenzen, dürfte jeder Bundesbürger im Jahr 2050 nur noch eine Tonne Kohlendioxid jährlich verursachen. Im Moment stehen wir bei knapp zehn Tonnen pro Jahr. Seit 2009, als die Wirtschaft durch die Finanzkrise einbrach und deshalb die Emissionen zurückgingen, geht es mit dem Klimaschutz nicht mehr so recht voran. Auch der Ressourcenverbrauch entwickelt sich nicht rückläufig, sondern verharrt auf unvermindert hohem Niveau.

Dass es beim Klimaschutz nicht so recht vorangeht, hat viele Gründe, die im nächsten Kapitel erörtert werden. Festzuhalten ist hier nur so viel: Offensichtlich wird es immer schwerer, den angestrebten Minderungspfad fortzuschreiben. Österreich beispielsweise lag mit seinen Treibhausgas-Emissionen einmal deutlich unter zehn Tonnen je Einwohner. In der Euphorie der Klimaverhandlungen versprachen sie 1997 in Kyoto, ihren Kohlendioxidausstoß um 13 Prozent zu reduzieren. Tatsächlich kam es

Treibhausgas-Emissionen in Deutschland seit 1990* sowie Ziele für 2020 und 2050 (Bundesregierung)

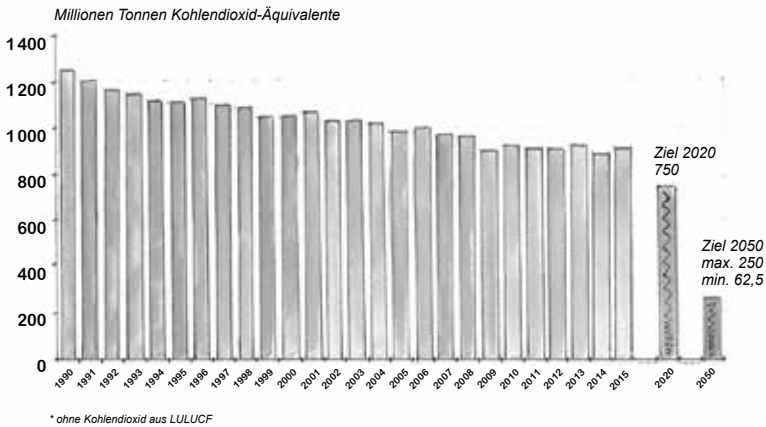


Abbildung 2 Die Kohlendioxidemissionen Deutschlands gehen seit einigen Jahren nicht weiter zurück.³ LULUCF: *Land use, land-use change and forestry*

zu einer Zunahme von elf Prozent. Alle Anstrengungen der letzten Jahre haben gerade einmal bewirkt, dass man zwischen Bregenz und Wien beim Klimaschutz wieder auf dem Niveau von 1995 ist.

Mehr und mehr drängt sich der Eindruck auf, dass uns das Schwere erst noch bevorsteht. Es ist wie bei einer Diät. Die ersten Kilos fallen schnell, aber dann wird es immer schwerer, und zudem droht der Jo-Jo-Effekt. Viele Unternehmen haben längst in effizientere Technologien investiert, um Energie und damit auch Kosten zu sparen. Einfach verglaste Fenster gibt es kaum noch, viele Dächer sind bereits isoliert und Millionen Sparlampen montiert. Doch die niedrig hängenden Früchte zu ernten genügt nicht. Um den Ressourcenverbrauch zu verringern und die globale Erwärmung zu begrenzen ist es mit einer Diät nicht getan. Notwendig ist eine dauerhafte Ernährungsumstellung.

Der reservierte Staat

Keine Frage, zu viel Bürokratie kann die Effizienz und Effektivität der Wirtschaft einschränken, kann Kreativität und Innovationskraft behindern. Doch was wäre das rechte Maß für ordnungspolitische Maß-

nahmen? Wie stark soll sich der Staat in das Marktgeschehen einmischen? Die Bandbreite möglicher Antworten reicht vom Nachtwächterstaat, der sich auf den Schutz des Privateigentums und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschränkt, bis zum Sozialstaat, der weitreichende Regeln vorgibt, wie etwa das Mindesteinkommen.

Kapitalismus und freie Marktwirtschaft gelten seit dem Niedergang der osteuropäischen Wirtschaft als das überlegene Regime. Der Kommunismus des Ostblocks war geprägt durch Planwirtschaft und starke politische Steuerung. Diese Überregulierung schien verantwortlich für die Misswirtschaft zu sein. Das Scheitern der kommunistischen Systeme gab ab den 1990er-Jahren all jenen Auftrieb, die für einen Rückzug des Staates aus dem marktwirtschaftlichen Geschehen plädierten. Doch wer für einen starken Staat ist, muss nicht gegen den Kapitalismus sein: Seit den Finanzkrisen der vergangenen Jahre hat sich in den Industriestaaten wieder eine eher kritische Haltung zur Deregulierung entwickelt.

Die zurückliegenden Erfahrungen mit der freien Marktwirtschaft lassen es schwer vorstellbar erscheinen, dass sich mit noch weniger Regeln ein Mehr an Nachhaltigkeit bewirken lässt. Es scheint vielmehr so zu sein, dass die schrittweise Abschaffung der Marktregeln ein Nachteil für Klimaschutz und Ressourcengerechtigkeit war. Nun währt der Diskurs über die Frage »Wie viel Staat muss sein?« schon seit Jahrhunderten. Um darin die Ökoroutine zu verorten, sollen hier einige Vordenker verschiedener nationalökonomischer Grundströmungen Erwähnung finden.

Adam Smith

Eine der Grundannahmen der heute vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft geht auf Adam Smith (1723–1790) zurück. In seinem Werk »Wohlstand der Nationen« beschrieb Smith den Egoismus des Einzelnen als *die* Triebfeder der Ökonomie: »Es ist nicht die Wohltätigkeit des Metzgers, des Brauers oder des Bäckers, die uns unser Abendessen erwarten lässt, sondern dass sie nach ihrem eigenen Vorteil trachten.« Jeder denkt also an sich und sorgt dabei unbewusst – wie von einer unsichtbaren Hand geleitet – für das Gemeinwohl.

Liberales Wirtschaftswissenschaftler leiten daraus ein radikales Freiheitspostulat ab: Maximale Freiheit fördere den Schaffensprozess des Einzelnen und diene der Gemeinschaft. So wird seit Jahrzehnten die fortschreitende Deregulierung der Märkte gerechtfertigt, um den Unternehmen und Anlegern möglichst viele Freiheiten zu gewähren. Allerdings ist diese Analyse fragmentarisch. Adam Smith selbst hielt nicht den »Wohlstand der Nationen« für sein Hauptwerk, sondern die »Theorie der ethischen Gefühle«. Moralisches Handeln beschrieb er darin als unabdingbar für nachhaltigen Wohlstand: Tugenden seien die Grundlage eines gesunden Kapitalismus.⁴ Auf diesen Smith berufen sich die kritischen Ökonomen.

Gewiss gehört Egoismus zur menschlichen Natur. Doch daneben und darüber hinaus haben Menschen viele andere Motivationen, die den Tugenden zuzurechnen sind: Solidarität, Loyalität, Sympathie, Selbstlosigkeit usw. Gäbe es solche Motive nicht und Egoismus wäre tatsächlich der einzige Antrieb, dann müsste jeder jedem mit tiefstem Misstrauen begegnen. Solidarität zwischen Arbeitnehmern etwa im Arbeitskampf funktioniert aber nur durch gegenseitiges Vertrauen.

Genauso gibt es Unternehmer, die nicht nur ihren persönlichen Nutzen maximieren wollen, sondern auch Visionen für die Gesellschaft haben und an das Gemeinwohl denken. Ein berühmtes Beispiel lieferte Henry Ford. Er wollte ganz sicher seinen persönlichen Wohlstand vermehren, so wie es das Postulat der Wirtschaftsliberalen vorsieht. Doch Ford hat nicht nur viel Geld verdient, er war auch fair zu seinen Arbeitnehmern. Er verdoppelte die Gehälter seiner Mitarbeiter und verkürzte die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden. Die Mitarbeiter sollten sich später selber einen Ford leisten können.⁵ Verantwortungsvolles Unternehmertum wird in der klassischen Ökonomie nicht bedacht, wenn sie für ein Maximum an Freiheit für den Einzelnen und ein Minimum an Regeln argumentiert. Richtig ist, dass sich die Unternehmen heutzutage unter den Bedingungen eines knallharten Wettbewerbs kaum noch in der Lage sehen, das zu tun, was sie für richtig halten. Viele fordern daher selbst politische Vorgaben (S. 38). Hier setzt das Konzept der Ökoroutine an. Es schafft Raum für unternehmerische Tugenden.

Hayek und Friedman

In zentralwirtschaftlicher Planung sah Friedrich August von Hayek (1899–1992) die Grundlage für besorgniserregende Radikalisierungen. In seinem Werk »Der Weg zur Knechtschaft« beschrieb er sozialistische Bestrebungen als Wegbereiter für den Nationalismus. Diese Analyse leitet direkt über in Hayeks Forderung, staatlichen Interventionismus und die Planwirtschaft zurückzudrängen. Allerdings – und das wird häufig übersehen – war Hayek nicht der Meinung, das habe um jeden Preis und in jeder Hinsicht zu geschehen. Hayek sprach sich für sozialpolitische Maßnahmen aus, etwa für die Einführung eines Mindesteinkommens. Damit trug er der Erkenntnis Rechnung, dass Menschen sich nur entfalten können, wenn sie von der Sorge um die grundlegenden materiellen Bedürfnisse entlastet werden.⁶

Für Milton Friedman (1912–2006) manifestieren sich Rolle und Einfluss des Staates in der Staatsquote. Diese Kennzahl zeigt den Anteil der Staatsausgaben an der wirtschaftlichen Gesamtleistung einer Volkswirtschaft auf. Sie liegt in Deutschland bei 44 Prozent und in Frankreich bei 57 Prozent.⁷ Friedman fand, dass zehn Prozent genügen würden. Im Sozialstaat sah er ein teures Monster. Führerschein, Ärztelizenzen und Schulpflicht gehörten abgeschafft. Absurd seien staatliche Altersversorgung und Mindestlohn.⁸ Der Wirtschaftsprofessor aus Chicago gilt als Schlüsselfigur für den Trend zum Ausverkauf staatlicher Unternehmen und zum Abbau von Regelwerken. Zunächst, in den 1980er-Jahren, verfolgten nur Ronald Reagan und Margaret Thatcher⁹ seine Ideen. Später machte sich in fast allen Industriestaaten eine Art Liberalisierungseuphorie breit. Milton Friedman dürfte sich auch über das Ende des Goldstandards¹⁰ gefreut haben: Seiner Überzeugung nach sollte der Staat nur durch die Ausweitung der Geldmenge zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen.

Keynes

Bis zu Reagan und Thatcher waren die Thesen John Maynard Keynes (1883–1946) Leitbild der Wirtschaftspolitik gewesen. Keynes vertrat die Einschätzung, dass Regierungen in wirtschaftlich schweren Zeiten die Konjunktur durch staatliche Ausgaben und gegebenenfalls auch

Schulden stützen sollten. In wirtschaftlich besseren Zeiten sollten die Schulden wieder getilgt werden. Gegen Mindestlohn und eine relativ hohe Staatsquote hätte Keynes wohl nichts einzuwenden gehabt. Schon seit jeher berufen sich daher die Gewerkschaften auf den britischen Ökonomen. Denn Lohnzurückhaltung ist laut Keynes gerade in der Krise unangebracht – schließlich können die Menschen dann weniger kaufen. Die zurückgehende Nachfrage schadet den Unternehmen, die weniger Umsatz machen. Schädlich ist es demnach auch, wenn sich die Sparkonten füllen: Die Güternachfrage sinkt und damit die Produktion.

Ökorumine beruft sich an vielen Stellen auf Keynes. Der weitsichtige Ökonom hat schon damals über wichtige Themen nachgedacht, die uns heute noch beschäftigen. Seine Überlegungen sind beispielsweise relevant, wenn es um wöchentliche Arbeitszeiten, Grenzen des Wachstums, Suffizienz, Freihandel und Regionalgeld geht.

Ungezügelter Kapitalismus

Eine zumindest kurze Auseinandersetzung mit unserem volkswirtschaftlichen System ist unvermeidlich, wenn man darüber nachdenkt, warum wir nicht tun, was wir für richtig halten. Seit der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise wird der Kapitalismus wieder kritischer beurteilt. Doch hat uns der freie Wettbewerb zweifellos wachsenden Wohlstand beschert. Kapitalismus an sich ist nicht gut oder böse. Er ist ein System, dessen Intention die Geldvermehrung ist – Moral spielt dabei zunächst keine Rolle.

Beispielsweise war der Kapitalismus Treiber des Sklavenhandels zwischen Afrika und Nordamerika. Die Wohlhabenden in Großbritannien investierten ihr Geld an der Börse in Sklavenhändlergesellschaften oder gaben es einer Bank. Die Bank wiederum gab den Menschenhändlern ein Darlehen. Es winkte eine üppige Rendite: Die Sklavenhändler verkauften ihre Waren an der afrikanischen Goldküste. Von dort deportierten sie Menschen nach Amerika, wo sie sie als »Ware« verkauften und im Gegenzug Rohstoffe und nicht zuletzt Gold aufnahmen und zurück nach Europa schifften. Das war globale Marktwirtschaft in ihren Anfängen. Kapitalismus kann tödlich sein.